

epicenter.works – Plattform Grundrechtspolitik, Annagasse 8/1/8, 1010 Wien
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
zH: Minister Norbert Hofer
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Wien, 25. Oktober 2018

Offener Brief: Dringende Umsetzung der ePrivacy Reform

Sehr geehrter Herr Minister Hofer,
Sehr geehrter Herr Minister Blümel,

die unterzeichnenden Organisationen möchten Ihre Unterstützung für die laufende und dringend erforderliche Reform der europäischen Datenschutzgesetzgebung für elektronische Kommunikation (ePrivacy) bekräftigen. Mehr als 600 Tage nach der Vorlage des Vorschlags durch die Europäische Kommission hat sich der Rat noch immer nicht auf eine allgemeine Ausrichtung geeinigt, die mit dem Europäischen Parlament diskutiert werden kann. Wir sind der Ansicht, dass der Abschluss der Reform unter österreichischer Präsidentschaft ein großer Schritt zur Stärkung der Menschenrechte auf Privatsphäre und Meinungsfreiheit in der gesamten EU, zur Stärkung des Vertrauens in Online-Dienste und zur Schaffung von Rechtsklarheit für Unternehmen und Einzelpersonen ist.

Dies sind unsere wichtigsten Empfehlungen für eine umfassende Gesetzesreform:

- Österreich muss seine Arbeit intensivieren, um gegen die aufdringlichen und missbräuchlichen Praktiken auf dem digitalen Markt vorzugehen, die das Recht auf Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Vertrauen, Innovation und die Nutzung neuer Dienste beeinträchtigen. Die Schwachstellen in der derzeitigen Regulierung von Privatsphäre und Vertraulichkeit tragen zur Bildung von Monopolen bei. Wenn wir die Art und Weise, wie Technologiemonopole personenbezogene Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation verwenden, nicht einschränken, ermöglichen wir es ihnen, unaufhaltsam eine immer stärkere Position auszubauen, in der innovative EU-Unternehmen nicht wettbewerbsfähig sind und in der die EU-Bürger immer weniger Kontrolle über ihre private Kommunikation haben.
- Der Mangel an Privatsphäre und Informationssicherheit bleibt ein zentrales Anliegen der Menschen auf der ganzen Welt. Sowohl die Eurobarometer-Umfrage zum Thema ePrivacy als auch die National Telecommunications and Information Administration des US-Handelsministeriums (NTIA) der Vereinigten Staaten zeigen dies. Die NTIA sprach von Datenschutz- und Sicherheitsbedenken, die 2016 nach einer großen Umfrage über die Einstellung der Verbraucher zu Diskussionen und Wirtschaftstätigkeiten zu einer "Abkühlung" führten.
- Erst kürzlich hat Justizminister Moser ein ambitioniertes Ziel für die Umsetzung des E-evidence Gesetzes ausgerufen¹. Wieso hat die Ratspräsidentschaft bei der Abschaffung von rechtsstaatlichen Kontrollen und der Einführung neuer Überwachungsbefugnissen keine Zeit zu verlieren, aber beim Datenschutz gibt es scheinbar keine Ambitionen Fortschritte zu erzielen?

Wir bitten Sie um Folgendes:

1. Stärkung des Rechtsrahmens. Da immer mehr Kommunikationsdaten von digitalen Geräten übertragen, abgerufen, gespeichert und verarbeitet werden, ist es dringend erforderlich, die geltenden Vorschriften für die elektronische Kommunikation zu aktualisieren. Die derzeitigen Vorschriften stehen nicht im Einklang mit der Realität des Telekommunikationsmarktes. Als sie beschlossen wurden, existierten die meisten der heute dominierenden Kommunikationstechnologien noch nicht einmal. Ein aktualisierter

¹ <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2018/10/11-12/>

Rahmen wird den Unternehmen Rechtssicherheit bringen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Online-Kommunikation stärken.

2. Schutz der Privatsphäre und des Wettbewerbs. Die ePrivacy-Gesetzgebung ist das wichtigste Instrument für den Schutz des Rechts auf Privatsphäre und Vertraulichkeit der Kommunikation im Online-Umfeld. Im Zeitalter der allgegenwärtigen Kommunikation muss die EU klare und vorhersehbare Regeln einführen, um Vertrauen zu schaffen und so Wettbewerb, Innovation und Privatsphäre zu stärken.

3. Sichern Sie die Privatsphäre durch Technikgestaltung und bessere Voreinstellungen! Der Schutz der Privatsphäre durch privatsphärefreundliche Technikgestaltung ("privacy by design") und Voreinstellungen ("privacy by default") sind zentrale EU-Grundsätze, die zur Umsetzung des Rechts auf Privatsphäre in der Praxis beitragen. Sie stellen sicher, dass der Schutz der Privatsphäre in neue Dienste integriert wird, was Innovation und Sicherheit fördert. Ebenso gewährleistet Datenschutz standardmäßig Transparenz, ohne Dienste zu verhindern, die mehr personenbezogene Daten verarbeiten, wenn die Nutzerinnen und Nutzer sich bewusst dafür entscheiden.

4. Verboten Sie Tracking Walls! Das Europäische Parlament hat ein Verbot von Tracking Walls vorgeschlagen, d.h. der Praxis, Nutzern den Zugang zu einer Website zu verweigern, es sei denn, sie stimmen der Verarbeitung personenbezogener Daten über Cookies (typischerweise Tracking für gezielte Werbung) zu, die für die Erbringung der gewünschten Dienstleistung nicht erforderlich sind. Nach den Skandalen der vergangenen Monate trägt diese Maßnahme dazu bei, dass die Internetnutzer wieder die Kontrolle über die Nutzung ihrer Daten für Werbezwecke erlangen.

5. Verhindern Sie Massenüberwachung und Vorratsdatenspeicherung! Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (CJEU) in den Rechtssachen Digital Rights Ireland (verbundene Rechtssachen C-293/12 und C-594/12) und Tele2 (verbundene Rechtssachen C-203/15 und C-698/15) muss eine Kommunikationsdatenspeicherung gezielt und darf nicht allgemein und undifferenziert erfolgen (keine Vorratsdatenspeicherung). Wir bekräftigen, dass die ePrivacy-Gesetzgebung kein Strafverfolgungsinstrument ist und nicht als Instrument zur Erweiterung der polizeilichen Befugnisse und zur Aushebelung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verwendet werden darf. Auch Befugnisse zur Kommunikationsdatenspeicherung für Sicherheitszwecke dürfen nicht zu einer anlasslosen, jeden Bürger treffenden "freiwilligen Vorratsdatenspeicherung" auf unbestimmte Zeit und ohne Zweckbindung ermächtigen.

Aus all den oben genannten Gründen fordern wir Sie auf, während der österreichischen Ratspräsidentschaft einen Plan auszuarbeiten, damit die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament rasch aufgenommen werden können. Das Ziel muss sein, eine umfassende und tiefgreifende Reform der ePrivacy-Verordnung Anfang 2019 abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen



epicenter.works - Plattform Grundrechtspolitik



Arbeiterkammer Österreich



GPA djp – Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier



Amnesty International Österreich



Attac Österreich: Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte



VGT.at – Verein gegen Tierfabriken



Plattform 20000frauen



Verband Freier Radios Österreich



Aktive Arbeitslose



Freischreiber Österreich - Verein zur Förderung des freien Journalismus



Verein für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE.AT)



transform!at - Verein zur Förderung linker Diskurse und Politik



servus.at - Kunst & Kultur im Netz



Initiative für Netzfreiheit - Verein zur Förderung der Freiheiten des Menschen im Netz und Wahrung der digitalen Bürgerrechte



Digital Society